Vereinte Nationen S/PRST/2020/12

Sicherheitsrat

Verteilung: Allgemein
4. Dezember 2020
Deutsch
Original: Englisch

Erklärung der Präsidentschaft des Sicherheitsrats

Am 4. Dezember 2020 gab der Präsident des Sicherheitsrats im Zusammenhang mit der Behandlung des Punktes „Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“, im Einklang mit dem angesichts der außerordentlichen Umstände aufgrund der COVID-19-Pandemie vereinbarten und in dem Dokument S/2020/372 festgelegten Verfahren, im Namen des Rates die folgende Erklärung ab:

„Der Sicherheitsrat nimmt die verbesserte Sicherheitslage in Burundi zur Kenntnis sowie die sechs wesentlichen Prioritäten, die Präsident Ndayishimiye in seiner Antrittsrede am 18. Juni 2020 nach den weitgehend friedlichen Wahlen, die eine neue Phase für Burundi einleiteten, für seine Regierung vorgestellt hat. Er begrüßt die zur Bekämpfung der Straflosigkeit unternommenen Schritte sowie die Fortschritte, die bei einigen Aspekten der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Frauen erzielt wurden, und ermutigt die Regierung Burundis, ihre Anstrengungen in diesen Bereichen weiter zu verstärken.

Der Sicherheitsrat anerkennt die bisher erzielten Fortschritte und betont, dass noch viel Arbeit bevorsteht, um die nationale Aussöhnung, die Förderung der Rechtsstaatlichkeit und einer unabhängigen und effektiven Richterschaft, die Erhaltung des demokratischen Raumes und die Achtung der Grundfreiheiten, wie des Rechts der freien Meinungsäußerung, auch für Mitglieder der Presse und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, die Friedenskonsolidierung, den sozialen Zusammenhalt und die Entwicklung voranzubringen. Der Sicherheitsrat stellt fest, dass Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe nach wie vor Anlass zu Besorgnis geben, und fordert die Regierung Burundis auf, dafür zu sorgen, dass diesen Verletzungen und Übergriffen ein Ende gesetzt wird und die Tatverantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Der Sicherheitsrat fordert die Regierung Burundis auf, mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, um diese Herausforderungen zu bewältigen.

Der Sicherheitsrat nimmt Kenntnis von dem Bericht des Generalsekretärs über die Mission für die strategische Bewertung der Tätigkeit der Vereinten Nationen in Burundi und von den darin enthaltenen einschlägigen Empfehlungen und legt dem Generalsekretär und der Regierung Burundis nahe, im Rahmen ihrer Gespräche genügend Zeit für eine reibungslose Übertragung der Aufgaben des Büros des Sonderbeauftragten einzuräumen.

Der Sicherheitsrat legt den bilateralen und multilateralen Partnern und der Regierung Burundis nahe, ihren Dialog fortzuführen, mit dem Ziel, dass die Regierung Burundis förderliche Bedingungen für die Wiederaufnahme der finanziellen und

technischen Hilfe schafft. Der Sicherheitsrat befürwortet ferner eine fortgesetzte Verwendung der Kommission für Friedenskonsolidierung als tragfähige Plattform für den Dialog zwischen Burundi und seinen Partnern und legt Burundi nahe, diese Möglichkeiten bestmöglich zu nutzen, um Ressourcen zu mobilisieren und den Nationalen Entwicklungsplan zu unterstützen. Der Sicherheitsrat unterstreicht, dass Burundi bei seinem Eintritt in die nächste Phase seiner Entwicklung weiterhin unterstützt werden muss, und begrüßt die Bereitschaft der Vereinten Nationen, gemeinsam mit der Afrikanischen Union, der Region und der internationalen Gemeinschaft auch künftig mit dem Land zusammenzuwirken, um Burundi bei der Herbeiführung dauerhaften Friedens und einer dauerhaften Aussöhnung und Entwicklung zu unterstützen.

Der Sicherheitsrat bekräftigt sein nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität, politischen Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Burundis. Er begrüßt, dass Präsident Ndayishimiye zugesagt hat, die Beziehungen zu afrikanischen Ländern, Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union und der Ostafrikanischen Gemeinschaft sowie zu internationalen Organisationen zu stärken. Der Sicherheitsrat fordert die Vereinten Nationen, die Afrikanische Union, die Ostafrikanische Gemeinschaft, die Internationale Konferenz über die Region der Großen Seen und die Garanten des Abkommens von Arusha auf, ihre Anstrengungen zur Unterstützung der burundischen Interessenträger bei der Durchführung des Abkommens von Arusha zu koordinieren, das dazu beigetragen hat, zehn Jahre lang den Frieden in Burundi aufrechtzuerhalten.

An seine Absicht erinnernd, sein in der Erklärung S/2017/13 der Präsidentschaft geäußertes Ersuchen an den Generalsekretär, alle drei Monate über die Lage in Burundi Bericht zu erstatten, zu überprüfen, und darauf hinweisend, dass der Sondergesandte des Generalsekretärs für Burundi seinen Auftrag am 30. November 2019 abgeschlossen hat, ersucht der Sicherheitsrat den Generalsekretär, seine regelmäßige Berichterstattung über die Lage in Burundi einzustellen, und sieht den Informationen des Generalsekretärs über Burundi im Rahmen seiner regelmäßigen Berichterstattung über die Region der Großen Seen und Zentralafrika erwartungsvoll entgegen.“